

mandatsmeldung.

FEBRUAR
2024

INHALTE

Europawahl: mehr Bayern für Europa!

Dr. Markus Söder, S. 2

Wirtschaft: nicht reden. handeln!

Sebastian Brehm, S. 2

Längste Parlamentserfahrung im Land

Karl Freller, S. 3

Europa muss Frieden verteidigen können

Tobias Winkler, S. 3

Bessere Rahmenbedingungen für Biomasse

Petra Guttenberger, S. 4

Neu im Rundfunkrat beim Bayer. Rundfunk

Jochen Kohler, S. 4

CSU-Zukunftspakt für ländlichen Raum

Thomas Pirner, S. 5

Bekennnis zum ländlichen Raum

Werner Stieglitz, S. 5

Cyber-Attacke auf die Bezirkskliniken

Peter Daniel Forster, S. 6



AMPEL: AUFLÖSUNGERSCHEINUNGEN EINER ZWECKEHE

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde,

trotz aller Lippenbekenntnisse zur Einigkeit markiert die aktuelle Sitzungswoche in Berlin einen neuen Höhepunkt der Streitigkeiten innerhalb der Ampel-Koalition, die die Handlungsfähigkeit des Bundes immer deutlicher belasten. Nur einige hanebüchene Momentaufnahmen aus den vergangenen Tagen:

Der FDP-Generalsekretär wünscht sich öffentlich einen fähigen Wirtschaftsminister und eine bürgerliche Koalition mit der Union, weil man Vertretern von CDU und CSU „nicht jedes Mal die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft erklären muss“. Parallel bekundet seine Parteikollegin Strack-Zimmermann, dass sie unseren Unions-Antrag zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine unterstützen wird, weil die Ampel selbst „an der SPD-Fraktionsspitze und der Starrköpfigkeit des Kanzleramtes“ gescheitert sei.

In der SPD lehnen sich währenddessen nicht nur die eigenen Landesinnenminister, sondern auch zahlreiche Abgeordnete gegen die Cannabis-Legalisierung von Karl Lauterbach auf. Das Gesetz sei handwerklich schlecht und ein massiver Rückschritt beim Jugendschutz. Offenbar suchen Teile der SPD nach Wegen, das vermurkste Gesetz über Umwege doch noch zu kippen: Die sachlich begründete Bitte der Bundesländer, das Inkrafttreten um einige Monate zu verschieben, akzeptierten Grüne und FDP, die SPD dagegen lehnt ab. Dass die Länder den enormen Aufwand (z.B. Streichung von Vorstrafen, Haftentlassungen) innerhalb von fünf Wochen stemmen werden, ist ausgeschlossen. Die Bundesländer sind überzeugt, dass die SPD damit ganz bewusst in Kauf nimmt, dass das Gesetz im Vermittlungsausschuss landet, um doch noch korrigiert zu werden. In dem Wissen, wie schlecht das Gesetz ist, vermurkst man den Entwurf also noch etwas mehr, damit die Länderkammer schließlich die Notbremse ziehen muss.

Die Grünen wiederum machen überhaupt keinen Hehl daraus, dass sie die Einigung für eine bundesweit einheitliche Bezahlkarte für Flüchtlinge mit allen Mitteln torpedieren und stellen sich offen gegen eine entsprechende gesetzliche Regelung. Wer so Politik macht wie diese Koalition, braucht sich über Erfolge der Populisten nicht zu wundern! Die Ampel muss weg - und an ihre Stelle eine unionsgeführte Bundesregierung, die handfeste Lösungen für handfeste Krisen liefert.

Mit herzlichen Grüßen

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach



**„Bayern ist die
sechstgrößte
Volkswirtschaft in
Europa“**

**Dr. Markus Söder
Bayerischer
Ministerpräsident
& MdL Nürnberg-Ost**

[Website](#)

EUROPAWAHL: MEHR BAYERN FÜR EUROPA!

Liebe Freundinnen und Freunde,
zum vergangenen Politischen Aschermittwoch blickte die ganze Republik zur CSU nach Passau. Leider muss man bereits jetzt für das Jahr 2024 feststellen: Deutschland ist tief in der Sackgasse. Rezession, Inflation, Streiks, Demos! Fast alles wird teuer, aber nichts besser. Man kann es so zusammenfassen: Solange die Ampel regiert, wird die deutsche Wirtschaft ruiniert. Wir sind in Bayern mit der CSU das Gegenmodell zur Ampel in Berlin. Bayern ist die sechstgrößte Volkswirtschaft in Europa. Wir haben die meisten Industriearbeitsplätze, die meisten DAX-Unternehmen, die meisten Handwerksmeister, die meisten Start-Ups und die niedrigste Kriminalitätsrate. Gleichzeitig schätzen wir Tradition, Heimat und Ehrenamt. Das macht sich auch besonders im Umgang mit allen unseren Leistungsträgern des Mittelstandes bemerkbar – so auch bei unseren Landwirten. Bayern ohne Bauern ist unvorstellbar! Sie leisten hochwertige Arbeit, sie versorgen uns mit Essen, zumindest hier sind wir noch autark – das darf sich nicht ändern! Wir stehen für die Europawahl am 9. Juni zusammen. Mit allen unseren Kandidaten rocken wir Europa – in Mittelfranken natürlich ganz besonders mit Dr. Konrad Körner. Mehr Bayern kann Europa nur guttun – mehr CSU und weniger Ampel für Deutschland!



**„Die Ampel spielt
Mittelstand gegen
Mittelstand aus.“**



**Sebastian Brehm
MdB Nürnberg-Nord**

[Website](#)



WIRTSCHAFT: NICHT REDEN, HANDELN!

Jetzt haben es alle schwarz auf weiß: Unsere Wirtschaft fasst nicht wieder Tritt. Ein mageres Wachstum von 0,2 Prozent erwartet die Regierung im neuen Jahreswirtschaftsbericht - vorletzter Platz im EU-Ranking. Wirtschaftsminister Robert Habeck macht widrige Umstände und vor allem andere dafür verantwortlich. Ähnlich hält es Finanzminister Christian Lindner. Das Bewusstsein eigener Verantwortung: Fehlanzeige! Bundeskanzler Olaf Scholz verweist auf das Wachstumschancengesetz, das im Bundesrat hängen blieb. Ich habe mit Erstaunen miterlebt, wie die Ampel ihr ohnehin schon mageres Gesetz im Vermittlungsverfahren immer weiter kürzte. Wachstumseffekt jetzt noch 0,05 Prozent - eine Scheinlösung, auf Kosten der Landwirte. Man spielt Mittelstand gegen Mittelstand aus. Die Unternehmen sind nervös, die Bürger besorgt. CDU und CSU haben deshalb ein Wachstums-Sofortprogramm in den Bundestag eingebracht, das wirklich etwas bringt. Die Grundidee: Anreize für Leistung. Das Ziel: deutlich bessere Rahmenbedingungen für neuen Optimismus. Der Inhalt: spürbare Entlastungen für Arbeitnehmer, Wirtschaft und Rentner. Deckelung der Sozialabgaben auf 40 Prozent des Bruttolohns, steuerfreie Überstunden, Steuerfreiheit für die ersten 2.000 Euro monatlich, wenn Rentner neben der Rente weiter arbeiten. Steuersenkung für im Unternehmen verbleibende Gewinne, Senkung der Stromsteuer, Halbierung der Netzentgelte. Wir brauchen einen kräftigen Impuls, dem mittel- und langfristige Maßnahmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit folgen müssen. Nicht reden, handeln ist das Gebot der Stunde. Damit sich Leistung wieder lohnt!

„Frühzeitig – und dabei teilweise etwas einsam – warnte ich vor dem Rechtsextremismus.“

Karl Freller
MdL Nürnberg-Süd
[Website](#)



LÄNGSTE PARLAMENTSERFAHRUNG IN GANZ DEUTSCHLAND

Wer ist nach dem Tod von Wolfgang Schäuble, der dem Deutschen Bundestag 51 Jahre lang angehörte, in Deutschlands Parlamenten jetzt der/die Abgeordnete mit der längsten Parlamentserfahrung? Es geht um den Bundestag mit 736 Mitgliedern und die 16 Länderparlamente mit 1894 Mitgliedern. Nach einer gründlichen Recherche kann ich stolz behaupten, mit 42 Jahren der nun dienstlängste Abgeordnete zu sein. Bei meiner 10. Landtagswahl vor drei Monaten schaffte ich es, mich im Stadtgebiet von Nürnberg mit 40,9 % prozentual an die Spitze aller 41 Stimmkreisbewerber zu setzen. In meinen bisherigen mehr als 41 Parlamentsjahren übernahm ich in vielfältiger Weise Verantwortung. Ob als jugend- oder schulpolitischer Sprecher, als Staatssekretär im Kultusministerium, als Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden, als Schirmherr über 10 CSD in Nordbayern oder zuletzt als 1. Landtagsvizepräsident galt (und gilt) für mich die Erkenntnis „Wer will, findet Wege, wer nicht will: Gründe“. Zudem verantwortete ich seit 2008 als ehrenamtlicher Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten u.a. die KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg. Getragen von meinem früheren Beruf als Religionslehrer war ich von Anfang an im Parlament gegen jegliche Form des Extremismus. Frühzeitig – und dabei teilweise etwas einsam – warnte ich vor dem Rechtsextremismus. Schon 2011 warnte ich bei der NSU-Debatte im Landtag: Es ist nicht vorbei! Die braune Saat geht immer wieder auf! Und ich war es auch, der vor drei Wochen im Landtag das Zitat „Nie wieder ist jetzt“ umänderte in die Forderung „Nie wieder ist IMMER!“

„Wir müssen in der EU unsere Kräfte bündeln und unsere Sicherheit selbst in die Hand nehmen.“

Tobias Winkler
MdB Fürth
[Website](#)



EUROPA MUSS FRIEDEN & FREIHEIT VERTEIDIGEN KÖNNEN

Bei der Europawahl am 9. Juni werden etwa 200 Millionen Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und über die zukünftige Ausrichtung der EU mitentscheiden. Neben den drängenden Herausforderungen bei Migration und Wettbewerbsfähigkeit müssen wir Europas Verteidigungsfähigkeit erhöhen. Nicht zuletzt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich unsere Schwächen in der Landes- und Bündnisverteidigung vor Augen geführt. Das jahrzehntelang gültige Schutzversprechen durch die USA bekommt ebenfalls Risse. Es ist deshalb an der Zeit, die europäischen Kräfte zu bündeln und unsere Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen. Dazu benötigt es zunächst weder mehr Geld noch neue Strukturen. Sofern der politische Wille vorhanden ist, ließe sich durch gemeinsame Beschaffung, einheitliche Standards, Interoperabilität der Systeme und ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten unsere Verteidigungsfähigkeit dramatisch erhöhen. Dass Ursula von der Leyen, die eine zweite Amtszeit als Kommissionspräsidentin anstrebt, in ihrem Amt als Verteidigungsministerin die militärische Zusammenarbeit in Europa vorangebracht hat, könnte sich noch als Vorteil erweisen. Dazu sollte die Sicherheitspolitik bereits im Wahlkampf eine prominente Rolle spielen. Ihre Forderung nach einem EU-Verteidigungskommissar ist ein erster richtiger Schritt auf dem Weg zu einer besseren Verteidigungsfähigkeit. Wenn wir Frieden und Freiheit in Europa bewahren wollen, müssen wir selbst zum Architekten unserer Sicherheit werden. Als mündige Bürger liegt dies am 9. Juni auch in unserer Hand.

„Die Bioenergie ist für die Energieversorgung der Zukunft unverzichtbar“

BIOENERGIE: CSU-FRAKTION FORDERT NEUGESTALTUNG DER EEG-BIOMASSEAUSSCHREIBUNGEN

Energie aus Biomasse ist regional und nachhaltig und steht als fester, flüssiger oder gasförmiger Energieträger zur Verfügung. Bioenergie kann sowohl zur Erzeugung von Wärme und Strom eingesetzt werden, als auch als Kraftstoff Verwendung finden. Damit ist sie die vielseitigste aller erneuerbaren Energieformen und ersetzt fossile Energieträger in besonders vielen Bereichen. Dies macht sie für die Energieversorgung der Zukunft unverzichtbar. Um die drohende Stilllegung zahlreicher Biomasseanlagen in Bayern zu verhindern, fordert die CSU-Fraktion die Staatsregierung gemeinsam mit dem Koalitionspartner per Dringlichkeitsantrag auf, sich auf Bundesebene für eine Anpassung der aktuellen Rahmenbedingungen für Biomasse im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2023 einzusetzen. Nach Ansicht der CSU-Landtagsfraktion muss insbesondere das Ausschreibungsvolumen nach oben angepasst werden, um den Weiterbetrieb von Bestandsanlagen zu gewährleisten. Dem liegt die dreifache Überzeichnung der im Dezember 2023 beendeten Ausschreibungsrunde für Biomasse zugrunde. Zudem läuft für viele bayerische Biogasanlagen in absehbarer Zeit die 20-jährige EEG-Förderung aus, die für den wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen langfristig von elementarer Bedeutung ist. Leider konterkariert die katastrophale Energiepolitik der Ampel die bayerischen Bemühungen um eine Forcierung der Energiegewinnung aus Biomasse. Die Bundesregierung bremst den Zubau, drängt das Modell Bioenergie in die Unwirtschaftlichkeit und trägt damit zum Scheitern der Energiewende bei. Die Bundesregierung muss jetzt endlich handeln und einen energiepolitisch zielführenden Kurs einschlagen.

Petra Guttenberger
MdL Fürth

[Website](#)



„Für mich eine Ehre und eine Herausforderung zugleich.“

Jochen Kohler
MdL Nürnberg-West

[Website](#)



NEU IM RUNDUNKRAT BEIM BAYERISCHEN RUNDUNK

Ich freue mich, dass ich seit Anfang Januar Mitglied des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks (BR) bin. Diese Aufgabe ist für mich von großer Bedeutung in Hinblick auf die Qualität und Vielfalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖR). In diesem unabhängigen Gremium, das aus Vertretern der Gesellschaft besteht, werden die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Sender repräsentiert. Die Hauptaufgabe besteht darin, die Programmarbeit des BR zu überwachen, die Einhaltung des Rundfunkstaatsvertrags zu gewährleisten und die Programmgestaltung im Sinne der Allgemeinheit zu fördern. Ich werde mich darum bemühen, diese Aufgaben wahrzunehmen und sicherzustellen, dass der BR seinem öffentlichen Auftrag gerecht wird. Wichtig ist mir dabei die Förderung, Objektivität und Unabhängigkeit im Programm. Als Sender hat er die Verantwortung, hochwertige Inhalte anzubieten, die die gesellschaftliche Debatte fördern, Bildung und Kultur vermitteln und eine unabhängige Berichterstattung gewährleisten. Der ÖR spielt eine wichtige Rolle in unserer demokratischen Gesellschaft. Wir stehen vor der Herausforderung, diese Werte zu verteidigen. Nichtsdestotrotz sehen wir als CSU eine Erhöhung des Rundfunkbeitrages kritisch und lehnen diese ab. Ich freue mich, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Rundfunkrat und den Mitarbeitenden des BR dazu beizutragen, die Zukunft des ÖR in Bayern zu gestalten. Es ist eine Aufgabe, die mich motiviert und ich bin dankbar für das Vertrauen, das mir entgegengebracht wurde.



*“In Bayern leben,
heißt besser leben –
in den Städten und
auf dem Land.”*

Thomas Pirner
MdL Nürnberg-Nord

[Website](#)



LÄNDLICHER RAUM: CSU-FRAKTION SCHNÜRT ZUKUNFTSPAKT

Als Mitglied der CSU-Landtagsfraktion und Berichterstatter für den ländlichen Raum im CSU-Arbeitskreis für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus freue ich mich sehr, dass unsere Fraktion eine vielversprechende und zukunftsweisende Resolution verabschiedet hat, die sich für gleiche Lebensbedingungen und Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land einsetzt, um eine räumliche Gerechtigkeit zu gewährleisten. Der ländliche Raum hat für uns oberste Priorität. In den letzten Jahren konnten wir durch intensive Arbeit bereits viele Impulse setzen. Das Leben auf dem Land gewinnt zunehmend an Attraktivität, wie steigende Einwohnerzahlen und wirtschaftliche Entwicklungen zeigen. Unser Mittelstand mit Familienunternehmen und innovativen Handwerksbetrieben ist der Motor der ländlichen Wirtschaft. Wir investieren in schnelles Internet, um gleichwertige Entwicklungschancen zu schaffen. Die Förderung von Landwirtschaft, Handwerk und erneuerbaren Energien bildet dabei wichtige Säulen unserer Politik. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen wollen wir den ländlichen Raum stärken: Investitionen in kommunale Finanzen für eine solide Infrastruktur, Ausbau von Straßen, Radwegen und Schieneninfrastruktur, Förderung von Land- und Forstwirtschaft sowie erneuerbaren Energien, Sicherung der medizinischen Versorgung und Pflege, Schaffung wohnortnaher Studienangebote und Unterstützung von Unternehmensgründungen, Förderung von Innovationen im Handwerk und der Gastronomie sowie Erhalt und Ausbau von Schulen. Unser Ziel ist es, dass Bayern sowohl in der Stadt als auch auf dem Land gleichermaßen lebenswert ist. Mit gezielten Maßnahmen und Investitionen wollen wir diesen Anspruch weiterhin verwirklichen und den ländlichen Raum nachhaltig stärken.

*„Wir brauchen mehr
Verlässlichkeit und
Kommunikation auf
Augenhöhe.“*

Werner Stieglitz
MdL Fürth-Land

[Website](#)



BEKENNTNIS ZU LANDWIRTSCHAFT & LÄNDLICHEM RAUM

Mit der aktuellen Politik gegen die Landwirtschaft, gegen die Gastronomie und gegen viele Mittelständler und Handwerker verpasst die Ampelregierung dem Agrar- und Wirtschaftsstandort Bayern (und Deutschland) fast täglich einen Schlag nach dem anderen. Sie betreibt Politik gegen den gesamten ländlichen Raum. Dabei ist der ländliche Raum Zukunftsregion. Er lebt vom Zusammenhalt und Miteinander, aber auch von klugen staatlichen Investitionen. Es kann nicht sein, dass durch die aktuellen Beschlüsse unsere Landwirtschaft im europäischen Wettbewerb das Nachsehen hat. Mit dem Zukunftsvertrag hat die Bayerische Staatsregierung ein klares Bekenntnis zur Landwirtschaft abgegeben und auch der angekündigte Praktikerrat hat am 30. Januar seine Arbeit aufgenommen. Im diesem rund 30-köpfigen Gremium sitzen Landwirte, aber auch Vertreter der Landwirtschafts-, Umwelt- und Waldbesitzerverbände, des Lebensmittelhandwerks und der Staatsregierung. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen zwei Themen: (1) die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ab 2028 und (2) der Bürokratieabbau. Erste Ergebnisse werden bereits bis Juni erwartet. Wir brauchen aber nicht nur für die Landwirtschaft einen Praktikerrat: Vor kurzem waren die mittelfränkischen CSU-Abgeordneten mit Vertretern der IHK und der Handwerkskammer zusammen. Wir waren uns einig: auch für Handel und Handwerk braucht es einen solchen runden Tisch mit Praktikern, um Strukturen und Abläufe zu vereinfachen. Es braucht wieder verlässliche Rahmenbedingungen und mehr Kommunikation auf Augenhöhe.



“Durch eine schnelle Reaktion konnten wichtige Schritte zum weiteren Betrieb der Kliniken organisiert werden.”

Peter Daniel Forster
Bezirkstagspräsident
Mittelfranken

[Website](#)

CYBER-ATTACKE AUF DIE BEZIRKSKLINIKEN MITTELFRANKEN

Am Morgen des 26. Januar 2024 war die Welt für die Bezirkskliniken Mittelfranken noch in Ordnung. Lediglich das IT-System zeigte leichte Störungen auf. Im Tagesverlauf wurden die Störungen jedoch immer gravierender. In den nächsten Stunden wurde allen bewusst, dass der Alptraum eines jeden guten Systemadministrators Wirklichkeit geworden war. „Wir wurden gehackt!“ Der Angriff auf die IT-Infrastruktur war eine großangelegte Cyber-Attacke mit dem Ziel, durch Ransomware hohe Geldsummen zu erpressen. Dateien und Programme wurden verschlüsselt, die nur gegen Lösegeld wieder freigegeben werden sollten. Die Bezirkskliniken Mittelfranken waren somit von der Außenwelt abgeschnitten - es funktionierte nur noch eine Telefonnummer. Dank der schnellen Reaktion durch die Mitarbeitenden der Kliniken, Experten der Zentralstelle für Cybercrime Bayern, dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der Polizei konnten wichtige Schritte zum weiteren Betrieb der Kliniken organisiert werden. Dabei zeigte sich, dass die vorsorglich entwickelten Notfallpläne gut greifen. Die Experten sind sich sicher, dass eine Cyber-Attacke keine Frage von "ob" ist, sondern von "wann". Aktuell wird jedoch immer deutlicher, dass trotz des großen Einsatzes der Mitarbeitenden der Kliniken noch mehrere Monate benötigt werden, um die Schäden des Angriffs zu beseitigen. Für uns war es jedoch wichtig, den Kriminellen eine klare Botschaft zu übermitteln: Der Staat lässt sich nicht erpressen, das gilt auch für den Bezirk Mittelfranken und seine Kliniken.

